

Generell kann man die Forderungen des Forums der forschenden Industrie (FOPI) an die wahlwerbenden Parteien unter den Titel „Vom Input zum Outcome“ stellen – das FOPI tritt für einen nachhaltigen Perspektivenwechsel ein. Künftig dürfe das österreichische Gesundheitswesen nicht mehr nach dem Input – also den Kosten und Ressourcen – betrachtet und gesteuert werden, sondern muss auf Basis des Outcomes bewertet werden“, betont FOPI-Präsident Manuel Reiberg.

Stärkung des Systems

Er wünscht sich weitreichende Reformen des Systems: „Die Kosten sollten fair verteilt werden und jeweils von jenen Institutionen getragen werden, die den Nutzen haben – also auch Ländern, Pensionssystem und Sozialsystem“, sagt Reiberg. Er spricht sich klar für eine weitere Stärkung des solidarischen Gesundheitssystems aus und tritt für einen umfassenden Zugang zu Innovationen für alle Patienten ein. „Diese Haltung fordern wir auch von allen Parteien ein, die im Nationalrat vertreten sein wollen.“ Außerdem erwarte er konkrete Lösungen, die der Attraktivität des Innovations-, Forschungs- und Pharmastandorts Österreich dienen, etwa durch die Stärkung der Forschungsförderung, die Stärkung der Innovationsaufnahmegeschwindigkeit und ein Bekenntnis zum Schutz des geistigen Eigentums als wesentliches Incentive (Anreiz) für Investitionen in Innovation sowie ein gemeinsames Bekenntnis zum umfassenden Wert klinischer Studien“, meint Reiberg.

Stärkung der Forschung ist auch vonseiten der Pharmig erwünscht: Präsident Martin Munte will das Land vorwärtsbringen, um Österreich

Sozialversicherung – neue Modelle

Reformvorschläge

Die London School of Economics kalkulierte folgende Modelle:

Modell 1

Pensionsversicherung	Krankenversicherung		Unfallversicherung
PVA	Selbstständige SVA, SVB	Unselbstständige GKK, BVA VAEB, BKK, KFA	AUVA

Modell 2

Modell 1 + zusätzlicher Träger für Beamte (BVA, VAEB, KFA)

Modell 3

Pensionsversicherung	Kranken- und Unfallversicherung	
PVA	9 Organisationen – eine pro Bundesland	

Modell 4 (will SPÖ in einem ersten Schritt umsetzen)

Wie bisher, mit verstärkter Koordination durch gemeinsame Servicezentren

Pensionsversicherung	Kranken- und Unfallversicherung		Unfallversicherung
PVA	9 GKK	5 BKK	AUVA
	Gewerbliche Wirtschaft		
	Bauern		
	Eisenbahn/Bergbau		
Notariat	Öffentlich Bedienstete		

Quelle: APA/London School of Economics

Reformstudie vorgestellt

Die lange erwartete Studie zur Reform der Sozialversicherungen wurde von Sozialminister Alois Stöger und Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner (beide SPÖ) vorgestellt.

im internationalen Wettbewerb attraktiver zu machen. Was es laut Munte braucht, sind konkrete Maßnahmen der Politik und der Forschungseinrichtungen für mehr klinische Forschung in Österreich, um einen medizinischen sowie gesellschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten.

„In jedem Fall setzen wir uns für den Ausbau eines industriefreundlicheren Umfelds ein. Wir haben überdurchschnittlich

Die Experten schlagen vier Modelle vor (siehe oben). Die SPÖ präferiert Reformen in der Leistungsharmonisierung und dann eine bessere Zusammenarbeit der Kassen.

hohe Lohnnebenkosten, arbeitsrechtliche Einschränkungen und eine mangelnde Förderung von Innovation. Zusätzlich behindern regulatorische und administrative Hürden das Unternehmenswachstum und die Schaffung von Start-ups. Lohnkosten senken, zumindest auf EU-Durchschnitt, flexiblere Arbeitszeitregelungen – das sind Punkte, wo angesetzt werden muss“, sagt Munte. Für ihn ist

klar, was er sich von der zukünftigen Regierung erwartet: „Wir brauchen endlich eine nachhaltige Finanzierung und einen Abbau der Spitalslastigkeit. Hier gibt es zahlreiche Hinweise auf Mängel, Schwächen und auch auf Verbesserungspotenziale“, so der Pharmig-Präsident

„EMA nach Wien holen“

Jan Oliver Huber, Generalsekretär der Pharmig, schlägt einen zehnjährigen Steuerfreibetrag vor, da dieser zur Entspannung beitragen und Investitionen ankurbeln würde. Gerade der Bau neuer Produktionsstandorte sei teuer. Da hätte die Pharmabranche in jüngster Zeit bewiesen, dass sie den Standort Österreich stärkt, und zwar mit Millioneninvestitionen in neue oder erweiterte Produktionsstätten. Huber wünscht sich weiters mehr Performance von allen Parteien, um die EU-Arzneimittelbehörde EMA nach Wien zu bringen. „Die EMA in Wien – das wäre eine immense Aufwertung des Standorts Österreich, in vielerlei Hinsicht.“

Wolfgang Andiel, Präsident des Generikaverbands, fordert ein klares Bekenntnis zum Wert der Generika und Biosimilars und zur Förderung ihrer Verwendung. „Generika erfüllen eine wichtige Rolle im Gesundheitssystem. Mehr Generika-Verordnungen bedeuten Ausgabenoptimierung und mehr Effizienz sowie eine nachhaltige Kontrolle der Arzneimittelkosten“, stellt Andiel fest. Mit den gewonnenen finanziellen Ressourcen lassen sich kostenintensive neue Therapien unterstützen. „Die österreichischen Generika-Unternehmen sind Wirtschaftsmotor und bedeutender Arbeitgeber in Produktion und Forschung; sie benötigen Planbarkeit, sichergestellt durch entsprechende politische und rechtliche Rahmenbedingungen.“